

Berliner Tageblatt



Nr. 167

und Handels-Zeitung

Freitag, 8. April 1927

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Der Konflikt Peking - Moskau.

Das Leben der Verhafteten äußerst gefährdet.

Der Hergang der Durchsuchungen. — Ein bedenklicher Präzedenzfall.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

*** Peking, 8. April.

In diplomatischen Kreisen wird heute zugegeben, daß der gestrigen Aktion der chinesischen Militärpolizei ein Beschluß der Vertreter der Vertragsmächte voranging (zu denen Deutschland nicht gehört), prinzipiell der chinesischen Polizei das Recht der Durchsuchung des nicht durch die Exterritorialität geschützten Gesandtschaftsgebietes innerhalb des Gesandtschaftsviertels zuzugestehen. Interessierte Kreise behaupten, daß die Chinesen die Abmachungen mit dem Doyen weit überschritten hätten. Insgesamt nahmen drei- hundert Soldaten nebst zahlreichen Polizisten und Detektiven an der gestrigen Unternehmung teil; sie betreten nicht nur die Gebäude der Chinese Eastern Railway und der Dalban (Sowjetbank), sondern auch das Bureau und die Wohnung des russischen Militärattachés. Neben vielen Chinesen, unter denen sich frühere Minister befinden, wurden fünfzehn Russen verhaftet. Fünf von ihnen wurden während des Abtransportes schwer mißhandelt und persönlichen Eigentums, wie Uhren und Ringe, beraubt. Das Leben aller Verhafteten ist äußerst gefährdet. Die Salbung des diplomatischen Korps, insbesondere die des Doyen, scheint nahezu unglücklich und hat jedenfalls einen höchst bedenklichen Präzedenzfall geschaffen. Der Abtransport der Schriften und Druckmaschinen dauerte den ganzen Donnerstag an.

Ein neuer Eingriff Tschangtscholis in Tientsin.

Mit französischer Genehmigung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

▲ London, 8. April.

Aus Tientsin wird berichtet, daß dort gestern nachmittag chinesische Polizisten, die von dem französischen Konsul die Erlaubnis zum Betreten der französischen Konzeption erhalten hatten, die Gebäude der Tal-Bank, der Chinesischen Eisenbahn, der Mongolischen Kooperative und der Sowjet-Handelsgesellschaft durchsuchten. Alle in den Gebäuden befindlichen Personen wurden verhaftet. Wichtige Dokumente habe man nicht beschlagnahmen können, da am Morgen nach Bekanntwerden der Peking Vorgänge alles wichtige Material verbrannt worden war.

Moskau fordert Aufklärung.

Anschuldigungen gegen die Westmächte.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

■ Moskau, 8. April.

Ein gestern abend ausgegebenes Communiqué teilt mit, daß die Sowjetregierung in Peking Aufklärung über den Einbruch in den Bezirk der Sowjetbotschaft verlange und sich weitere Schritte vorbehalte, bis die gewünschte Auskunft erfolge. Hier vorliegende Nachrichten bestätigen, daß in Schanghai das russische Generalkonsulat, das übrigens dem deutschen unmittelbar gegenüberliegt, umzingelt und niemand ein- und ausgelassen wurde. Angehörige dieser Maßregel wird hier kaum daran gezweifelt, daß die Ereignisse in Peking nur der Teil einer Gesamtkonzeption sind. Die Mitteilung von dem Angriff auf das Konsulatsgebäude ist erst gestern nacht in Moskau eingetroffen. In Gesprächen wird betont, das Grund bestuhe zu der Annahme, daß der Überfall nicht nur mit Wissen und Hilfe, sondern auf Veranlassung der privilegierten Mächte erfolgte. Befragt wurde der an den amerikanischen Geziertplatz anstehende Militärcompound, wo die Bureau des Militärattachés liegen; wahrscheinlich wollte man damit den Zusammenhang seiner Tätigkeit mit den Operationen der Kantonnarmee beweisen. Daß viele Waffen und Munition vorgefunden werden konnten, wird hier entschieden bestritten. Im Compound waren nur wenige Gewehre. Befonderer Nachdruck wird auf die Feststellung gelegt, daß die privilegierten Mächte durch die Erstellung der Erlaubnis zum Durchmarsch nach der russischen Botschaft eine Verletzung exterritorialer Rechte, die die Sowjetbotschaft be- züglich begünstigen. Zufälligerweise könne diese unbestreitbare Rechts- verletzung nur das Prestige der privilegierten Mächte im Fernen Osten weiter mindern, und wolle die Gefahr, daß die gleichen Methoden von den Chinesen gegen diese Mächte selbst angewandt werden.

Moskau, 8. April. (Tel.-Ag. der Sowjetunion.)

Eine weitere Meldung aus Schanghai befragt, daß der Außen- minister der Regierung des Erzbischofs Kwantung, Kwantung, am 7. April um 10 Uhr den Generalkonsul der Sowjetunion in Schanghai, Vinde, besuchte, und ihm folgendes erzählte: Er sei früher ein- getroffen, habe jedoch nicht durchkommen können, da er sich weigerte,

sich von den Polizisten, die das Konsulatsgebäude umringten, unter- zusetzen zu lassen. Er habe sich alsdann zum englischen Konsul Berton begeben, doch dieser habe erklärt, nichts zu wissen. Sodann habe er sich zum Polizeichef der Stadt begeben, wo ihm ein Begleiter mitgegeben wurde, der zusammen mit ihm eingetroffen sei und seine Abfuhr aus dem Konsulat abwartete. Er habe das Konsulatsgebäude, ohne untersucht zu werden, betreten. Kwantung sprach dem Generalkonsul seine feine und des Oberkommandierenden Bedauern aus, entschuldigte sich wegen der Peking- Ereignis und stellte fest, daß dies die Agonie der Nordmilitaristen sei. Morgen wird Kwantung bei den ausländischen Konsuln persönlichen Protest einlegen und darauf hinweisen, daß das Konsulat der Sowjet- union bei der chinesischen Regierung beglaubigt und niemand zu der- artigen Maßnahmen gegenüber dem Sowjetkonsulat ohne sein Wissen und seine Zustimmung berechtigt sei. Kwantung sprach dann in seinem Namen und im Namen des Oberkommandierenden die höchste Ent- rüstung über diese Vorgänge aus.

Der Generalkonsul der Sowjetunion in Schanghai hat wegen der Polizeiaktion gegen das Konsulatsgebäude beim Kon- sularcorps und beim chinesischen Außenminister Protest eingelegt.

Protest der Diplomaten bei Tschangtscholin.

Wegen Ueberschreitung der erhaltenen Ermächtigung.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

■ Paris, 8. April.

Die französische Regierung hat nach einem Telegramm aus Peking beschlossen, den Kreuzer „Rimanguet“ und ein Begleit- schiff nach China zu entsenden. Dieser Beschluß zeigt, daß der Ernst der Entscheidung von der Regierung richtig eingeschätzt wird, obwohl man die alarmierenden Meldungen englischer und ameri- kanischer Mächtig mit Vorbehalt beurteilt. Die „Chicago Tribune“ bringt eine Solcher Nachricht, daß Tschangtscholin der Sowjetregierung angeblich bereits den Krieg erklärt habe. Diese Meldung wird bisher von keinem anderen Blatt be- stätigt. Auch in Paris wird angegeben, daß Tschangtscholin bei der Hausungung in der russischen Bank die Ermächtigung überschritten hat, die er vom diplomatischen Korps ver- langte. Die chinesischen Truppen sind nicht bloß in die Räume der Bank eingedrungen, sondern sie haben auch das Haus durchsucht, in dem früher die Schutztruppe der Gesandtschaft untergebracht gewesen ist. Die Gesandtschaft wurde nach den französischen offiziellen Nachrichten nicht betreten. Das diplomatische Korps hat aber doch bei Tschangtscholin protestiert. Der Protest erwähnt zwei Tatsachen: Der Marschall hat die Erlaubnis überschritten, die ihm von den diplomatischen Vertretern gegeben worden ist; zweitens, daß chinesische Militär in ein Nebengebäude der Sowjetgesandtschaft unverschiedet eingedrungen. Die Absicht Tschangtscholis, die europäischen Mächte zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Sowjets zu vereinen, ist also mißlungen. Die Vertreter der Mächte mit Einschluß Frank- reichs haben zunächst gegen das Vorgehen des Marschalls protestiert.

Die französische Auffassung ist durch die Ereignisse in Jünnan beeinflusst, die durch die Nachbarschaft Lintins und Indochinas Bedeutung für Frankreich erhalten. Nachdem Jünnan sich für die Südregerung erklärt hat, ist nämlich ein „Pufferstaat“ verschwunden, der bisher den französischen Besitz von der chinesischen Kampagne trennte. Es wird nicht bestritten, daß aus Jünnan militärische Kräfte nach Lintin vordringen könnten, aber Agitatoren für die bolschewistische Politik finden jetzt den Weg geöffnet. Der Generalgouverneur Verenne ist noch in Paris. Aber die Einigkeit der Beamten und die Zufrieden- heit der Bevölkerung sind bei der Debatte im Palais Bourbonen Tatsachen bekannt geworden, die nicht beruhigend wirken. Die Grenze, die abgelehrt werden mußte, ist (nach französischer Ver- rechnung) so lang wie eine Linie von Amsterdam bis Neapel. Sind genügend französische Truppen in Indochina und Lintin, um diese Grenze zu schützen? Der „Matin“ schreibt, daß der Ministerat diese Frage zu prüfen haben werde.

Tschangtscholischer der Inspirator Tschangtscholis?

Eine mysteriöse Reuter-Meldung.

London, 8. April. (W. T. B.)

Wie Reuter meldet, sollen die in Peking, Tientsin und Schanghai gegen die Sowjetagenten ergriffenen Maßnahmen einem anti- kommunikativen Gesamtvorgang Tschangtscholis entsprechen, das sich erstens gegen die Drangeme der Arbeitergewerkschaften, zweitens gegen die von den Kommunisten inspirierte Propaganda des politischen Bureau der Südreger- ung wendet. Der Generalismus habe der chinesischen Presse ver- boten, die Propaganda dieses Bureau zu veröffentlichen. Offenbar schied sich Tschangtscholisch an, den Kommunismus mit allen politischen und militärischen Mitteln zu bekämpfen. (Diese Meldung des Reuter-Bureau, die mit der Tendenz der englischen Presse, die Zweifeltigkeiten innerhalb der Südpartei auf- zudecken, harmonisiert, bedarf noch jeder Bestätigung. Sie würden Tschangtscholisch direkt als Inspirator und Verbän- deten des Peking- Marschalls erscheinen lassen, was praktisch einem Uebergang ins gegenwärtige Lager gleichkäme. Die Red.)

(Siehe auch Seite 3.)

Parteigeist gegen Staatsinteresse.

Das unhaltbare System der preussischen Stimmenverteilung im Reichsrat.

Von

Dr. Karl Eugen Müller.

Die gestrige Abstimmung des Reichsrats über die Vier- steuerabfindung der süddeutschen Staaten ist geeignet, die Sinnwidrigkeit der Verteilung der preussischen Reichsratsstimmen einmal wieder in kräftigster Sicht zu zeigen. Von den siebenundzwanzig preussischen Stimmen erklärten sich achtzehn für einen von der preussischen Staatsregierung gestellten Antrag, neun Stimmen gegen ihn. Tatsächlich zur Geltung also kommen von allen preussischen Stimmen nur neun, so daß das wirkliche Gewicht des preussischen Willens um zwei Stimmen niedriger ist als das fünfmal kleineren Bayerns. Ein solches Mißverhältnis, ein solcher Widerspruch kann unmöglich der Sinn jener Verfassungsbestimmung gewesen sein, die für die Stellung Preußens im Reichstag eine Sonder- stellung sich.

Es handelte sich gestern um ein Gesetz, durch das drei Länder des Reiches eine finanzielle Bevorgung erfahren, die ohne Zweifel alle übrigen, darunter auch Preußen, empfindlich belastet. Man sollte meinen, daß an einer gerechten Verteilung dieser Frage alle preussischen Landesteile gleich- mäßig interessiert sein müßten. Ostpreußen und Pommern werden von einer finanziellen Benachteiligung des preussischen Staates genau so betroffen, wie etwa die Stadt Berlin oder Ostpreußen. Trotzdem haben von den dreizehn preussischen Provinzialparlamenten sich nur vier dem Antrag der Regierung angeschlossen. Die Vertreter der Provinzen Ost- preußen, Brandenburg, Pommern, Nieder- schlesien, Oberschlesien, Schleswig-Holstein, Hannover, Westfalen und Rheinprovinz haben sich mit den drei interessierten süddeutschen Ländern und einer Anzahl kleinerer Länder zusammengeschlossen, um den preussischen Antrag zu Fall zu bringen. Man stünde vor einem Rätsel. — Drängte sich nicht von selbst die Erklärung auf, daß sich bei der Entscheidung jener neun Provinzialparlamente parteipolitische Motive stärker geltend gemacht haben, als das gemeinsame staatliche Interesse.

Das Gesetz, über das der Reichstag zu beschließen hatte, war im Reichsrat angenommen worden von der gegen- wärtigen Regierungsmehrheit, die aus Deutschnationalen, Zentrum und Volkspartei besteht. Von den Provinzial- vertretern, die sich gegen den Regierungsantrag erklärten, ge- hören der Ostpreußen Freireich v. Gahl, der Niederschlesier, Freireich v. Tschammer, der Brandenburgischen, Freireich v. Dall- wich und der Pommern Graf Behr der Deutschnationalen Volkspartei, der Oberschlesier, Graf Nathschma, der Hannoveraner, Breidenbach, der Westfalen, Lenking und der Rheinländer Gamacher der Zentrumspartei an; der Vertreter Schleswig-Holsteins, Dr. Schifferer, steht auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei. Es ist schwer, sich gegen die Vorstellung zu wehren, daß die Abstimmung der angeführten Herren von ihrer parteipolitischen Stellung gänzlich unbeeinträchtigt gewesen sein sollte. Von den vier Provinzialparlamenten, die dem Regierungsantrag zu- gestimmt haben, werden zwei gleichfalls von Angehörigen der Zentrumspartei geführt, die sich aber in dieser Frage pflicht- gemäß von ihrer parteipolitischen Bindung freigemacht haben, und eine von dem zur Deutschen Volkspartei gehörigen Ber- liner Bürgermeister Dr. Scholz, dessen Votum natürlich mit dem Willen der Reichshauptstadt übereinstimmen mußte. Aus dem Lager der Vorkämpfer, nämlich aus der Sozialdemo- kratie, stammt von allen Provinzialparlamenten im Reichstag nur ein einziger, nämlich der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Höring. Eine solche Gewichtsverteilung entspricht natürlich in keiner Weise dem tatsächlichen politischen Willen der preussischen Provinzen; hier rächt sich einmal wieder aufs bitterste die Ungleichgültigkeit, mit der man auf der linken Seite der Kreis- und Provinzialwahlen zu behandeln pflegt.

Der Reichsrat wird seine Aufgabe nur dann erfüllen, wenn sie sich als ein Korrektiv gegen den Partei- geist bewährt, der nur einmal naturgemäß die vom Volk direkt gewählten Parlamente beeinflusst. So wie sich die Verteilung der preussischen Stimmen im Reichsrat heute aus- wirkt, wird dieser Sinn in sein Gegenteil verkehrt. Der Parteigeist macht sich in solchem Maße geltend, daß der Ein- fluß des größten Bundesstaates im Reichsrat nahezu vollständig ausgeschaltet wird. Der Gedanke, daß auch die Meinung einer Minder- heit gehört werden sollte, hat an sich sehr viel Berechtigung; aber er dürfte dann nicht nur für ein Land allein, sondern er müßte für alle, zum min- desten für alle diejenigen, die mehr als eine Stimme führen, gleichmäßig durchzuführen sein. Es ist nicht ein- zusehen, warum nicht ebensoviele, wie etwa Ostpreußen oder Pommern, auch die frankischen, schwäbischen oder pfälzischen Landesstellen das Recht haben sollten, im Reichsrat gegebenenfalls ihre von der Meinung der bayerischen Staats- regierung abweichende Stimme in die Waagschale zu werfen. Heute gibt es für alle nichtpreussischen Länder im Reichsrat einen einheitlichen Staatswillen; dissentierende Minderheiten bleiben unberücksichtigt. Nur Preußen nimmt eine Sonderstellung ein; der von seiner Regierung verforderte Staatswille kann durch den Willen der Provinzen nur durch den Druck verurteilt werden. In Duzenden von Fällen, darunter nicht nur gestern, sondern auch schon früher bei Fragen von höchstem politischen Ge- wicht, ist das bereits geschehen. Das kann unmöglich der Sinn der Verfassung gewesen sein.